caritas Sozialpolitik im Bistum Trier
concret
3/2021

Bundestagswahl: Positionen

Dr. Birgit Kugel, Diözesan-Caritasdirektorin

Sozialpolitik nach oben auf die Agenda setzen!

Am 26. September 2021 wird der nächste Deutsche Bundestag gewählt. Der Wahlkampf läuft. Die Sorge, wie es mit Corona weitergeht, ist das bestimmende Thema. In der Corona-Pandemie haben wir sehr dankbar erlebt, dass Menschen solidarisch sind. Auch unsere sozialen Einrichtungen und Dienste haben viel Unterstützung erfahren. Die aktuelle Kampagne des Deutschen Caritasverbandes bringt es auf den Punkt – nur gemeinsam können wir die Krise bewältigen.

Corona hat uns zugleich aber wie ein Brennglas vor Augen geführt, was schief läuft und wo die Probleme in unserer Gesellschaft liegen: Die untragbare Situation wohnungsloser Menschen. Die seit Jahren beklagte, aber unveränderte Abhängigkeit des schulischen Erfolgs unserer Kinder vom sozio-ökonomischen Status der Eltern. Die hohen Hürden, vor denen Familien stehen, wenn sie die ihnen zustehenden sozialpolitischen Leistungen beantragen wollen. Das Elend der Menschen in den Flüchtlingslagern und das lange, oft vergebliche Warten von Familien darauf, nach ihrer Flucht in Deutschland als Familie wieder zusammen zu sein.

In unserer Sonderausgabe zur Bundestagswahl geben wir diesen Themen Raum und Beachtung, denn sie sollten nach der Wahl ganz oben auf der politischen Agenda stehen.

Die volkswirtschaftlichen Kosten der Corona-Krise werden nach Einschätzung des ifo-Instituts bisher Gewesenes in den Schatten stellen. Wir müssen daher noch mehr als bisher die richtigen Prioritäten setzen und sicherstellen, dass die Zukunft unserer Gesellschaft sozial gestaltet wird. Arme und benachteiligte Menschen müssen endlich die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, und es muss verhindert werden, dass Menschen, die durch die Corona-Krise in eine schwierige Lebenssituation geraten sind, auf Dauer abgehängt werden.

Caritas-Familienbüro

Politische Forderung

Es kann nicht sein, dass viele familienpolitische Leistungen oftmals bei den Familien überhaupt nicht ankommen, weil sie nicht bekannt sind oder es zu schwierig ist, sie zu beantragen. Familien sind oft viel zu erschöpft von ihrem Alltag, von der Arbeit und der Sorge für ihre Kinder. Viele haben Sprachprobleme. Familienpolitische Leistungen müssen endlich auch bei den Familien ankommen! Neue Normalität gestalten. Das machen wir gemeinsam.

Hintergrund

Hätten Sie gedacht, dass der Gesetzgeber selbst davon ausgeht, dass nur 35 Prozent aller Familien, die den Kinderzuschlag zusätzlich zum Kindergeld erhalten könnten, ihn auch tatsächlich beantragen? Besonders drastisch sieht es bei den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket aus. Unsere beiden Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland sind sogar Schlusslicht in der Bewilligungspraxis. Warum ist dies so? Was kann soziale Arbeit hier leisten? Genau hier setzen wir mit unserem im August 2020 gestarteten Projekt „Caritas-Familienbüro“ an, das neue Zugänge zu den betroffenen Familien schaffen soll. Ziel ist es, dass Familien, die in (verdeckter) Armut leben, die Leistungen erhalten, die ihnen zustehen! Die Beraterinnen im Caritas-Familienbüro informieren, motivieren und begleiten bei der Antragstellung.

Unsere Erfahrungen in der Corona Krise

„Wir haben auch dann Präsenz-Beratung angeboten, wenn alle Behörden wegen Corona geschlossen waren. Viele Familien mit Sprachproblemen können die Antragsformulare ohne Unterstützung nicht ausfüllen. Viele wissen auch überhaupt nicht, dass es den Kinderzuschlag oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gibt.“

Margot Kürsten, Sozialarbeiterin im Caritas-Familienbüro in Mayen

Handlungsempfehlungen

Die Katholische Hochschule Berlin und der Diözesancaritasverband Trier erarbeiten mit den Caritas-Familienbüros Handlungsempfehlungen für die Politik.

Die Caritas-Familienbüros werden von der Katholischen Hochschule Berlin begleitet. Der Zwischenbericht mit ersten Handlungsempfehlungen liegt im Herbst 2021 vor, zusammen mit einem Interview mit Frau Prof. Dr. Mund und Statements von betroffenen Familien. Die wissenschaftliche Begleitung legt den Fokus auf die Frage, welche Hürden bei der Inanspruchnahme bestehen und wie diese abgebaut werden können. Dabei wird die Sicht der Fachkräfte auf diese Hürden erfasst, die quantitative Inanspruchnahme familienpolitischer Leistungen an den Projektstandorten erhoben und die Wahrnehmung der Betroffenen analysiert. Auf diesem Wege sollen Gelingensbedingungen und Empfehlungen an Politik und Fachpraxis für eine verbesserte Inanspruchnahme familienpolitischer Leistungen erarbeitet werden.

www.Einblick-Leben.de
www.caritas-trier.de

Familienzusammenführung

Politische Forderung

Wer hier flüchtlingsrechtlichen Schutz gefunden hat, muss Ehepartnerin oder Ehepartner und die eigenen Kinder zeitnah nachkommen lassen können. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die auf der lebensgefährlichen Flucht vor Krieg, Gewalt und Verfolgung voneinander getrennten Familienangehörigen erst nach langwierigsten bürokratischen Prozessen ihre Liebsten in die Arme schließen können. Das entspricht nicht unserem christlichen Familienverständnis, konterkariert den grundrechtlichen Schutz von Ehe und Familie, belastet die Betroffenen über alle Maßen und behindert ihre gesellschaftlich erwartete Integration.

Hintergrund

Anerkannte Flüchtlinge haben das Recht, ihre Familienangehörigen nach Deutschland nachzuholen. 2018 wurde dazu ein monatliches Kontingent in Deutschland eingeführt. Maximal 1000 Personen dürfen pro Monat im Rahmen des Familiennachzugs zu ihrer Kernfamilie mit subsidiärem Schutz nach Deutschland einreisen. Weil die bürokratischen Hürden so hoch sind, wird selbst diese sehr überschaubare Zahl seit August 2019 zumeist nicht erreicht.

Unsere Erfahrungen in der Corona Krise

Die Situation hat sich für die getrennten Familien sowohl in den Herkunfts- und Transitländern als auch in Deutschland durch die Pandemie nochmals verschärft. Die Zugangsmöglichkeiten zu Botschaften, Visastellen, weiteren zuständigen Behörden und Beratungsstellen waren und sind unmöglich oder zumindest erschwert. Die Grenzen waren in vielen Ländern geschlossen. Damit dauern die Verfahren noch länger, laufen erteilte Visa ab, werden wichtige Informationen nicht weitergegeben, verbleiben die Menschen weiterhin im Ungewissen.

Um auf diese Situation hinzuweisen, hat sich der DiCV Trier im Mai 2021 zusammen mit dem Deutschen Caritasverband und anderen Caritasgliederungen an der von Pro Asyl initiierten Kampagne ***#FamilienGehörenZusammen*** beteiligt.

Wir fordern gemeinsam mit vielen anderen Organisationen, Initiativen und politisch Verantwortlichen von Bundestag und Bundesregierung:

- eine rechtliche Gleichstellung von subsidiär Geschützen und anerkannten Flüchtlingen
- eine digitale Beantragung von Visa-Anträgen und die Bearbeitung innerhalb von wenigen Wochen
- den Einschluss von minderjährigen Geschwisterkindern in den Familiennachzug

Weitere Informationen und Hintergründe: ***www.proasyl.de/thema/familiennachzug.***

Kinder leiden besonders unter Flucht und Trennung der Familie: Ein Foto aus dem Lager Moria auf Lesbos.

Wohnungslosenhilfe

Politische Forderung

Jeder Mensch braucht eine Wohnung! Die Corona-Pandemie hat uns mit aller Härte deutlich gemacht, dass wohnungs- und obdachlose Menschen bei uns allzu schnell durch die Netze des sozialen Sicherungssystems fallen. Es braucht dauerhaft finanzierte, flächendeckende Hilfsstrukturen!

Hintergrund

Geschätzt mehr als eine halbe Million Menschen haben in Deutschland keine Wohnung. Um diese für unsere reiche Gesellschaft katastrophale Situation grundständig zu verändern, benötigen wir eine Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden und Hilfsstrukturen. Es muss verstärkt investiert werden, um Wohnraumverlust zu verhindern. Dazu gilt es, in den jeweiligen Sozialräumen Strukturen mit von Wohnraumverlust bedrohten Menschen, Wohnungsbaugesellschaften und Privat-Vermietern auf- und auszubauen. Dazu ist es notwendig, flächendeckend ambulante Beratungs- und Unterstützungsstrukturen einzurichten.

Der soziale Wohnungsbau muss vorangetrieben werden, um den Wohnungsmarkt zu entspannen und benachteiligten Menschen überhaupt die Chance zu geben, eine Wohnung zu erlangen. Zumindest die Zahl der Wohnungen, die Jahr für Jahr aus der Sozialbindung fallen, müssen im Rahmen sozialer Wohnbauprogramme ersetzt werden.

Die Katholische BAG Wohnungslosenhilfe hat Forderungen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit in „10 Taten gegen Wohnungsnot“ formuliert. ***www.kagw.de/***

Weitergehende Forderungen und Hintergründe zum Thema Wohnen: ***www.zuhause-fuer-jeden.de/sozialpolitische-positionen/***

Unsere Erfahrungen in der Corona Krise

Angesichts des im Herbst zu befürchtenden neuerlichen Anstiegs der Corona-Infektionen sind wir in Sorge um die Situation der betroffenen Menschen. Damit erhält auch das Positionspapier des Deutschen Caritasverbandes und der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe vom 07. Oktober 2020 „Gemeinsam durch die Pandemie: Was Politik tun muss, damit obdachlose und wohnungslose Menschen gut durch den Herbst/Winter 2020/2021 kommen können“ wieder Aktualität und Brisanz. In diesem Papier werden u.a. die Aussetzung von Zwangsräumungen, der freie Zugang zu Testmöglichkeiten für alle und die Bereitstellung der erforderlichen Anlaufstellen und Unterkünfte gefordert. ***www.kagw.de/aktuelle-hinweise/corona-krise-forderungen***

Neue Arbeitsansätze

Das Housing First-Konzept geht zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit neue Wege. Finnland nutzt diesen neuen Ansatz seit einigen Jahren konsequent. Die betroffenen wohnungslosen Menschen werden nicht zuerst auf einen langen Weg durch Behörden und Therapien geschickt, bevor sie eine Wohnung erhalten können. Ihnen wird zuallererst der Wohnraum zur Verfügung gestellt. Danach werden sie umfassend begleitet.

Die Zahlen geben dem Ansatz Recht: Von früher rund 17.000 betroffenen Personen gingen die Zahlen auf rund 4.000 Personen zurück. Erste Modellversuche laufen auch bei uns, zum Beispiel beim Caritasverband Trier, mit ermutigenden Resultaten.

IMPRESSUM

Redaktion: Bernward Hellmanns, Gaby Jacquemoth, Dr. Martina Messsan,
Fotos: Deutscher Caritasverband, Alea Horst, Getty Images
Gestaltung: 307 - Agentur für kreative Kommunikation, Trier
Druck: Caritas Werkstätten St. Anna, Ulmen, www.st-raphael-cab.de
Herausgeber: Caritasverband für die Diözese Trier e. V.,
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 1250, 54202 Trier
E-Mail: jacquemoth-g@caritas-trier.de, www.caritas-trier.de